

Globalbudget

Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit

Verpflichtungskredit für die Jahre 2004 bis 2006

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 1. September 2003, RRB Nr. 2003/1556

Zuständiges Departement

Departement des Innern

Vorberatende Kommission(en)

Sozial- und Gesundheitskommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

0. Kurzfassung	3
1. Stossrichtungen	5
2. Leistungsaufträge	5
3. Globalbudget 2004 – 2006	14
4. Rechtliches	14
5. Antrag	14
6. Beschlussesentwurf	15

Anhang

Dienststellenblatt

0. Kurzfassung

Mit dieser Vorlage wird der Leistungsauftrag definiert und der dafür nötige Verpflichtungskredit für die Jahre 2004 bis 2006 beantragt.

Werthaltung

Das Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit (AGS) einschliesslich der Oberämter (OA) setzt auf den mündigen Menschen, seine Eigeninitiative und seine Selbstverantwortung. Gleichzeitig nimmt es gesellschaftliche Verantwortung wahr und richtet sein Handeln am Gemeinwohl und Recht aus.

Für die dreijährige Periode werden folgende langfristigen Ziele definiert:

Gemeinden

- lebensfähige und eigenständige Gemeinden erhalten (Prävention)
- die Zusammenarbeit unter den Gemeinden fördern und sie bei Fusionen unterstützen (Unterstützung)
- gefährdeten Gemeinden helfen (Intervention)
- überschuldete oder mangelhaft geführte Gemeinden zur Sanierung oder rechtsstaatlichem Handeln zwingen (Sanktion)

Soziale Sicherheit

- Einwohner und Einwohnerinnen präventiv vor sozialen Notlagen schützen (Prävention)
- Sozial gefährdete Menschen und Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen rechtzeitig unterstützen (Unterstützung)
- Menschen in sozialen Notlagen intervenierend helfen (Intervention)
- Personen, die soziale Hilfen missbrauchen verstärkt zur Verantwortung ziehen (Sanktion)

Oberämter

- die staatlichen Aufgaben dezentral und kommunale Aufgaben regional erbringen (Organisation)

Die Leistungen werden zwischen dem Departement und dem Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit in Form eines Rahmenkontraktes festgehalten und alljährlich in Form von Jahreskontrakten vereinbart.

Durch den Kantonsrat sind die übergeordneten Ziele festzulegen. Es wird beantragt, für die Jahre 2004–2006 einen Verpflichtungskredit von Fr. 25'953'000 (Saldobetrag) zu beschliessen und von den finanziellen Grössen Kenntnis zu nehmen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf zu Leistungsvereinbarung und Globalbudgetierung des Amtes für Gemeinden und soziale Sicherheit.

1. Stossrichtungen

Das Leitbild des Amtes für Gemeinden und soziale Sicherheit, welches sich aus dem Leitbild des Regierungsrates und aus dem Regierungsprogramm ableitet, ist Basis für die operationellen Ziele, für die Dienstleistungen sowie für die Leistungs- und Wirkungsindikatoren.

Für das Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit gelten die folgenden Stossrichtungen:

- 1.1 Gemeinden: Gemeindeautonomie und Handlungsfähigkeit der Gemeinden stärken
- 1.2 Soziale Sicherheit: soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten
- 1.3 Oberämter: Oberämter als regionale Dienstleistungszentren ausgestalten

2. Leistungsaufträge

Das AGS erfüllt seine Leistungsaufträge in folgenden Produktebereichen, Produktgruppen und mit folgenden Produkten und folgenden Zielen und Indikatoren:

Produktbereich	Produktgruppe	Langfristige Ziele
Gemeinden	2.1 Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> - Lebensfähige und eigenständige Gemeinden erhalten (Prävention) - die Zusammenarbeit unter den Gemeinden fördern und sie bei Fusionen unterstützen (Unterstützung) - gefährdeten Gemeinden helfen (Intervention) - überschuldete oder mangelhaft geführte Gemeinden zur Sanierung oder rechtsstaatlichem Handeln zwingen (Sanktion)
Soziale Sicherheit	2.2 Sozialversicherungen 2.3 Soziale Dienste 2.4 Soziale Institutionen 2.5 Sozialhilfe und Asyl	<ul style="list-style-type: none"> - Einwohner und Einwohnerinnen präventiv vor sozialen Notlagen schützen (Prävention) - Sozial gefährdete Menschen und Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen rechtzeitig unterstützen. (Unterstützung) - Menschen in sozialen Notlagen intervenierend helfen. (Intervention) - Personen, die soziale Hilfen missbrauchen verstärkt zur Verantwortung ziehen. (Sanktion)

Oberämter	2.6. Oberämter	- die staatlichen Aufgaben dezentral und kommunale Aufgaben regional erbringen (Organisation)
-----------	----------------	---

2.1 Produktegruppe Gemeinden

2.1.1 Produkte:

- a. Einwohner und Einwohnerinnen – *Zivilstand; Bürgerrecht; politische Rechte*
- b. Gemeindeorganisation – *Gemeindeführung und -verwaltung; Formen der Zusammenarbeit, Gebietsreform, Fusion – Reglemente, Beschwerden, Aufsichts-massnahmen*
- c. Finanzhaushalt – *Rechnungsmodell, Sanierung*

2.1.2 Gesetzliche Vorgaben:

- a. – ZGB Zivilgesetzbuch, 10.12.1907, SR 210
 - Zivilstandsverordnung, 01.06.1953, SR 211.112.1
 - Verordnung über den Zivilstandsdienst, 16.05.2000, BGS 212.11
 - Verordnung über das Zivilstandswesen, 08.12.1987, BGS 212.111
 - Bürgerrechtsgesetz, 29.09.1952, SR 141.0
 - Bürgerrechtsgesetz, 06.06.1993, BGS 112.11
 - Bürgerrechtsverordnung, 28.09.1993, BGS 112.12
 - Gemeindegesetz, 16.02.1992, BGS 131.1
- b. – Gemeindegesetz, 16.02.1992, BGS 131.1
- c. – Gemeindegesetz, 16.02.1992, BGS 131.1

2.1.3 Ziele:

- 11 Zivilstand und Bürgerrecht gesetzeskonform und fristgerecht festlegen und beurkunden sowie politische Rechte der Einwohner und Einwohnerinnen sichern
- 12 wirkungsorientierte Gemeindeführung ermöglichen und Gemeindestruktur-reform ohne Zwang vorantreiben
- 13 rechtmässige kommunale Verfahren garantieren
- 14 Rechnungslegungsqualität steigern und Anzahl finanzschwacher Gemeinden über Aufsicht und Schuldencontrolling minimieren

2.1.4 Indikatoren:

Leistungskriterien	Ein- Heiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemer- kungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
11.1 Inspektionsbericht Zivilstand	Prädi- kat				gut	gut	gut	
11.2 Fristen Einbürgerungsverfahren	Monate			CH: 12 A : 24	CH: 10 A : 20	CH: 9 A : 18	CH: 8 A : 16	

12 Anzahl Zusammenarbeitsformen – Fusionen	Anzahl				2	2	2	
13 Anteil abgewiesene Beschwerden vor höherer Instanz	%				>80%	>80%	>80%	
14.1 Ranking Anzahl C-+D Gemeinden	%				<10%	<10%	<10%	
14.2 Rating Anzahl DD-Gemeinden nach Watchlist	%				<10%	<10%	<10%	

2.1.5 Finanzielle Grössen

Keine

2.2 Produktegruppe Sozialversicherungen

2.2.1 Produkte:

- a. Beiträge an AHV-IV-EL
- b. Prämienverbilligung KVG

2.2.2 Gesetzliche Vorgaben:

- a. - Bundesgesetz über die AHV, 20.12.1946, SR 831.10
- Bundesgesetz über die IV, 19.06.1959, SR 831.20
- Bundesgesetz über die EL zur AHV und IV, 19.03.1965, SR 831.30
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die AHV und über die IV, 26.09.1993, BGS 831.11
- Verordnung zu den Bundesgesetzen über die AHV und über die IV, 10.06.1997, BGS 831.12
- Gesetz über die EL zur AHV und IV, 03.11.1996, BGS 831.31
- Verordnung zum Gesetz über die EL zur AHV und IV, 07.01.1966, BGS 831.32
- b. - Bundesgesetz über die Krankenversicherung, 18.03.1994, SR 832.10
- Verordnung zum KVG, 03.04.1996, BGS 832.13
- Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung, 01.09.1997, BGS 832.213

2.2.3 Ziele:

21 Prämienverbilligung an Einzelpersonen und Familien in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen gewähren

2.2.4 Indikatoren

Leistungskriterien	Einheiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemerkungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
21.1 Anrechenbares Einkommen auf der Basis einer angemessenen Richtprämie	%				Ø8%	Ø8%	Ø8%	
21.2 Anteil abgeholter IPV gemessen an der Zahl der Anspruchsberechtigten	%				>90%	>92%	>95%	

2.2.5 Finanzielle Grössen

Finanzgrössen	Einheiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemerkungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
Kantonsbeitrag netto								
Beiträge an AHV,IV, FZL		81'112	81'566	84'882	83'583	85'255	86'960	
Ergänzungsleistungen AHV/IV		10'274	23'846	19'152	23'210	23'954	24'433	
Prämienverbilligung		22'051	21'359	24'400	25'099	25'321	25'828	

2.3 Produktegruppe Soziale Dienste

2.3.1 Produkte:

- a. Familie – *Schwangerschafts-Säuglings-, Familien und Eheberatung; familienergänzende Betreuungsangebote; Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten; Jugend; Alter*
- b. Vormundschaft – *Vormundschaftliche Massnahmen; Kinderschutz; fürsorgerische Freiheitsentziehung*
- c. Opfer-Gewalt – *Erstberatung, Soforthilfe; Entschädigung-Genugtuung; Regress*
- d. Fonds-Sammlungen – *Schläfli-Fonds; Winkelriedfonds; Olga-Ziegler-Fonds; Bettagskollekte*

2.3.2 Gesetzliche Vorgaben:

- a. – Bundesgesetz über Finanzhilfen familienergänzender Kinderbetreuung, 04.10.2002, SR 861
 - Verordnung über Finanzhilfen familienergänzender Kinderbetreuung, 04.10.2002, SR 861.1
 - Verordnung über die Jugendförderung, 24.03.1992, BGS 837.23
 - Gesetz über die Säuglingsfürsorge, Familienfürsorge und Schwangerschaftsberatung, 02.12.1984, BGS 835.31
 - Verordnung über die Ehe- und Familienberatung, 24.09.1991, BGS 212.217
- b. – ZGB Zivilgesetzbuch, 10.12.1907, SR 210
 - EGZGB Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch, 04.04.1954, BGS 211.1
 - EGFüF Einführungsgesetz zur fürsorgerischen Freiheitsentziehung, 02.12.1984, BGS 212.233.1
- c. – Opferhilfegesetz, 04.10.1991, SR 312.5
 - Verordnung zur Einführung des Opferhilfegesetzes, 17.03.1993, BGS 321.2

2.3.3 Ziele:

- 31 Familienergänzende Betreuungsangebote fördern
- 32 Genügend Plätze für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten sicherstellen
- 33 Erstberatung und Soforthilfe an Opfer sofort vermitteln
- 34 Fondsmittel zweckbestimmt verwenden

2.3.4 Indikatoren

Leistungskriterien	Einheiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemerkungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
31 Neu geschaffene Betreuungsplätze	Anzahl				>20	>20	>20	
32 Kinder auf Warteliste	Anzahl				<2	<2	<2	
33 Schriftliche Reklamationen infolge Zeitverzögerung	%				<2%	<2%	<2%	
34 Verwendung Ertrag aus Fonds	%				> 80%	> 80%	> 80%	

2.3.5 Finanzielle Grössen:

Finanzgrössen Kantonsbeitrag netto	Ein- heiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemer- kungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
GASS-Suchthilfe - Alkoholzehntel		0	0	0	0	0	0	
Opferhilfe		936	991	1'080	1'380	1'408	1'436	

2.4 Produktegruppe Soziale Institutionen

2.4.1 Produkte:

- a. Betreuung-Pflege - *Sucht; Behinderung; ambulante Pflege (Spitex); Langzeitpflege (Heime)*
- b. Sterben-Bestattung - *Friedhöfe*

2.4.2 Gesetzliche Vorgaben:

- a. - Suchthilfegesetz, 26.09.1993, BGS 835.41
 - Alters- und Pflegeheimgesetz, 02.12.1990, BGS 838.11
 - Gesetz über Heilpädagogische Institutionen, 27.09.1970, BGS 837.11
- b. - Verordnung über das Bestattungswesen, 13.06.1969, BGS 512.61

2.4.3 Ziele:

- 41 Flächendeckendes Pflege- und Betreuungsangebot inner- und ausserkantonalsicherstellen
- 42 Betreuungs- und Pflegequalität sichern
- 43 Wohnheim und Beschäftigungsstätte (KBDS) selbsttragend führen

2.4.4 Indikatoren:

Leistungskriterien	Ein- heiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemer- kungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
41 Sozial- und Bedarfsplanung: vermittelte Personen am richtigen Ort	%				95%	95%	95%	
42 Anzahl Bewilligungsentzüge	Anzahl				<2	<2	<2	
43 Defizitdeckung KBDS	Fr.	0	0	0	0	0	0	

2.4.5 Finanzielle Grössen:

Finanzgrössen Kantonsbeitrag netto	Ein- heiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemer- kungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
Beitrag an Heime u. Institutionen		7'218	6'631	5'794	5'576	5'636	5'697	

2.5 Produktegruppe Sozialhilfe und Asyl

2.5.1 Produkte:

- a. Sozialhilfe – *Sozialhilfeleistungen: Rückerstattung und Verwandtenunterstützung; Lastenausgleich*
- b. Asyl-Flucht – *Unterbringung; Betreuung; Lebensunterhalt*

2.5.2 Gesetzliche Vorgaben:

- a. – Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger ZUG, 14.06.1977, SR 851.1
- Sozialhilfegesetz, 02.07.1989, BGS 835.221
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz, 23.10.1995, BGS 835.221
- SKOS-Richtlinien, 12.2000
- Diverse Weisungen und Kreisschreiben
- b. – Asylgesetz vom 26.06.1998
- VO 1 Asyl vom 11.08.1999 Verfahren
- VO 2 Asyl vom 11.08.1999 Finanzierungsfragen
- RRB Nr. 2517 vom 08.12.1998
- RRB Nr. 2257 vom 23.11.1999

2.5.3 Ziele:

- 51 Hilfe zur Selbsthilfe fördern (Fluktuation erhöhen; Dauer verkürzen; Kosten senken)
- 52 Qualität der wirtschaftlichen Sozialhilfe verbessern
- 53 Asyl: Lebensunterhalt mit Bundesmitteln finanzieren

2.5.4 Indikatoren:

Leistungskriterien	Einheiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemerkungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
51.1 Sozialhilfestatistik – Fluktuation Fälle (Nettogrösse)	Anz. Fälle				>-100	>-100	>-100	
51.2 Sozialhilfestatistik – Ø Dauer/Zeit	Monate	<7	<7	<7	<6	<6	<6	
51.3 Sozialhilfestatistik-Gemeindebeiträge minimieren	Mio Fr.	35.1	40.5		<40	<40	<40	
52 Verbesserte Nachrevisionen Sozialhilfe Gemeinden	%				>80%	>80%	>80%	
53 Kostendeckungsgrad in %	%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	

2.5.5 Finanzielle Grössen:

Finanzgrössen Kantonsbeitrag netto	Einheiten	Werte der Vergangenen Jahre			Zu erreichende Werte (SOLL-Werte)			Bemerkungen
		2001	2002	2003	2004	2005	2006	
Sozialhilfe		-9	-194	-200	-200	-214	-229	
Asyl		0	0	0	0	0	0	

61.1 Durchlaufzeit der Gesuche für Ali- mentenbevorschussung	Tage				28	28	28	
61.2 Erfolg in % der Bevorschussungs- summe	%	41%	43%	41%	>42%	>42%	>42%	
62 Schlichtungserfolg Miete-Wohnen	%	82%	81%		>75%	>75%	>75%	

2.6.5 Finanzielle Grössen:

Keine

3. Globalbudget 2004 - 2006

Kategorie	2004	2005	2006	Total
Erfolgsrechnung	8'651'000	8'651'000	8'651'000	25'953'000

Das vorliegende Globalbudget stellt auf das HRM-Budget 2004 ab und ordnet die Aufwendungen und Erträge (der Erfolgsrechnung) den Produktgruppen und Produkten zu. Die Zuordnung erfolgte z.T. aufgrund von Schätzungen und wird erst nach Einführung der Kostenrechnung zuverlässig möglich sein:

4. Rechtliches

Als gebundene Ausgabe (Verpflichtungskredit) untersteht der nachfolgende Beschluss weder § 2 des Gesetzes über die Kürzung von Staatsbeiträgen und die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen vom 4. Dezember 1994 (BGS 121.24) noch dem fakultativen Referendum (art. 36 und -37 KV).

5. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Christian Wanner
Landammann

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

6. Beschlussesentwurf

Globalbudget Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit Verpflichtungskredit für die Jahre 2004 bis 2006

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf die Artikel 74 lit. b sowie auf Artikel 130 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹, gestützt auf § 1 Absatz 3 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Solothurn vom 21. Juni 1981², gestützt auf § 8 Absatz 2 der Verordnung über den Versuch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung im Kanton Solothurn vom 9. Juni 1998³, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 1. September 2003 (RRB-Nr. 2003/1556), beschliesst:

1. Für die Jahre 2004 bis 2006 werden für das Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit folgende langfristigen Ziele festgelegt:
 - 1.1 Gemeinden
 - lebensfähige und eigenständige Gemeinden erhalten (Prävention);
 - die Zusammenarbeit unter den Gemeinden fördern und sie bei Fusionen unterstützen (Unterstützung);
 - gefährdeten Gemeinden helfen (Intervention);
 - überschuldete oder mangelhaft geführte Gemeinden zur Sanierung oder rechts- staatlichem Handeln zwingen (Sanktion)
 - 1.2 Soziale Sicherheit
 - Einwohner und Einwohnerinnen präventiv vor sozialen Notlagen schützen (Prävention); sozial gefährdete Menschen und Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen rechtzeitig unterstützen (Unterstützung);
 - Menschen in sozialen Notlagen intervenierend helfen (Intervention);
 - Personen, die soziale Hilfen missbrauchen verstärkt zur Verantwortung ziehen (Sanktion).
 - 1.3 Oberämter
 - Die staatlichen Aufgaben dezentral und kommunale Aufgaben regional erbringen (Organisation);
2. Für die Jahre 2004 bis 2006 wird für das Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit ein Verpflichtungskredit von 25'953'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit wird bei einer wesentlichen Änderung der zugrundeliegenden Planungsfaktoren gemäss den Ziffern 2 und 3 der Botschaft angepasst.
4. Die finanziellen Grössen werden jährlich im Rahmen des Voranschlages festgelegt.
5. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

¹ BGS 111.1

² BGS 611.22

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin:

Ratssekretär:

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Departement des Innern

Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit (4, CHA, BUE, ZUE, Ablage)

Departement des Innern, Philipp Brugger, Leiter Controlling und Finanzen

Finanzdepartement

Kantonale Finanzkontrolle (6)

Amt für Finanzen (3)

SOGEKO (22, Versand durch Aktuarin)

Parlamentsdienste